

Unser Schweigen tötet - Unser Schweigen zwingt Hunderttausende in die Flucht

Brennende Häuser, Granateinschläge, Dutzende getötete unter Trümmern, Hunderttausende auf der Flucht - viele werden bei diesen Begriffen an die aktuelle Lage in Syrien denken. Wir sprechen aber von der Situation in den kurdischen Provinzen des NATO Bündnispartners Türkei. Das Regime von Erdogans AKP hat die Region systematisch in einen Krieg getrieben. In den letzten Monaten sind Hunderte Zivilisti_innen durch sog. Sicherheitskräfte getötet worden.

Davutoglu hatte zu Beginn der Operationen bereits durch seine Aussage „*Wir werden sie in ihren Gräben begraben*“, die Linie für das Massaker von Cizîr (Cizre) vorgegeben. In Diyarbakir Sûr sind die Menschen nun schon seit über 90 Tagen eingeschlossen und werden Tag für Tag bombardiert. Der HDP-Abgeordnete und ehem. Vorsitzende des Menschenrechtsvereins IHD beschreibt die aktuelle Lage so:

„Es gab ein Klima der Angst. Heute leistet die Gesellschaft geschlossen Widerstand. Damals waren die Spezialeinheiten extreme Nationalisten unter der Türkentumsideologie, heute treten sie beispielsweise als Esadullah (Löwen Allahs) mit Vollbärten auf, schreiben dschihadistische, sexistische, nationalistische Slogans an die Wände. Die Vernichtung geht aber genauso weiter. Die Weltanschauung der Mörder hat sich geändert, aber die Ermordeten sind die gleichen.“

Ministerpräsident Davutoglu hat zusammen mit dem Republikpräsidenten Erdogan und seiner AKP die Türkei systematisch in einen eskalierenden Krieg getrieben. Der Waffenstillstand und Friedensprozess, für den es Anfang des Jahres 2015 noch große Hoffnungen gab, wurde von der Regierung einseitig beendet. Der inhaftierte Repräsentant von Millionen von Kurd_innen und Verhandlungsführer der kurdischen Seite Abdullah Öcalan wurde ab Mai 2015 totalisiert, sodass nicht einmal ein Lebenszeichen von ihm zu vernehmen ist. Die kurdische Guerilla wurde trotz Waffenstillstand bombardiert und die kurdische und türkische Friedensbewegung Repressionen und Massakern ausgesetzt. Die Anschläge letzten Jahres in Amed, in Suruc und in Ankara zielt genau auf diese Bewegung und kosteten fast 200 Zivilist_innen das Leben. Die Täter standen unter Polizeiobservation.

Schon vor den Wahlen am 7. Juni 2015 versuchte die AKP Regierung ein solches Klima durch Eskalation zu schaffen. Die PKK hielt jedoch entschlossen an ihrem einseitigen Waffenstillstand fest. Das Ziel dieser Strategie des türkischen Staates war es, eine absolute Mehrheit zu garantieren und damit per Abstimmung eine Verfassungsänderung durchzusetzen, welche eine Machtkonzentration auf das Amt Erdogans herbeiführen sollte. Dies wurde durch den hohen Sieg von 130% durch die HDP verhindert. Infolge dessen ließ Erdogan keine Regierung zu Stande kommen, sorgte für Neuwahlen und überzog gleichzeitig alle oppositionellen Kräfte mit Repressionen.

Auch in Syrien ist die Türkei eine kriegstreibende Kraft, die seit Beginn des Bürgerkriegs Organisationen wie den IS und Al Qaida Gruppen wie Jabhat al Nusra und Ahrar-al-Sham unterstützt, damit diese gegen die multiethnische, pluralistische, demokratische Selbstverwaltung in Nordsyrien, Rojava kämpfen. Das Projekt von Rojava und der Basisdemokratie in der Region ist inspiriert von den Ideen Abdullah Öcalans - Ideen, die mittlerweile nicht nur die kurdische Bevölkerung der Region begeistern. Deswegen greift der IS häufig in Tateinheit mit der türkischen Armee über die Grenze Städte in Rojava an - wie zuletzt erst am 26. Februar dieses Jahres in Gire Spi geschehen.

Als ob das nicht schon schlimm genug wäre bombardiert die Türkei Städte in Rojava mit Hilfe von Artillerie und schweren Maschinengewehren, dabei sterben immer wieder Zivilist_innen. Die türkische Regierung will die demokratische Autonomie in Rojava um jeden Preis verhindern - die Bundesregierung hält an ihrer Politik des Verschweigens und Kollaborierens fest. Der Bundesinnenminister de Maiziere erklärte ganz offen: „*Alle, die uns jetzt sagen, man muss die Türkei von morgens bis abends kritisieren, denen rate ich, das nicht fortzusetzen. Wir haben Interessen. Die Türkei hat Interessen. Das ist ein wichtiger Punkt, (..) Natürlich gibt es in der Türkei Dinge, die wir zu kritisieren haben. Aber die Türkei, wenn wir von ihr etwas wollen, wie, dass sie die illegale Migration unterbindet, dann muss man auch Verständnis dafür haben, dass es im Zuge des Interessenausgleichs auch Gegenleistungen gibt.*“

Damit bringt er den Zynismus seiner eigenen Regierung auf den Punkt. Wir kennen die Diskurse, mit denen Menschenrechte als universelle Güter dazu herangezogen worden sind, Kriege zu führen - aber eben nur, wenn es der Regierung politisch opportun scheint.

Wir fordern

- Steht auf, erhebt eure Stimme, das Massaker in Nordkurdistan/Türkei darf nicht verschwiegen werden!
- Schluss mit dem Massaker in Kurdistan - Schluss mit der Politik des Totschweigens!
- Menschenrechte sind keine Handelsware!